

Redaktion, Administration, Druckerei:
L. A. K. - Verwaltung, Fichtegasse Nr. 9-11.
Telephon Nummern: Redaktion 57565 Serie,
Administration 7024, Inseratenabteilung 1088.
Frazer Redaktion Weinberge, Jungmannova 71.

Abonnement für Wien und das Inland:
Monatlich

Zum Abholen i. Wollzeile 20, Tel. 75443,
oder i. Fichtegasse 11. K 32.000
Zum Abholen in den Straßen und anderen
Wienner Verschleißstellen. K 32.000
Bei täglicher Postversendung für Wien. K 32.000
Bei täglich einmaliger Versendung in die
Provinz (Nr. 334 der österr. Zeitungsliste) K 32.000
Bei täglich zweimaliger Versendung in die
Provinz (Nr. 333 der österr. Zeitungsliste) K 32.500

Abonnement für das Ausland:

Mit Postversendung täglich	einmal	zweimal
Czechen-Slow. Rep. Cz. K.	22	24
Ungarn Ung. K.	10,000	10,000
Jugoslawien Dinar	60	62
Deutschland G. K.	32,000	---
Polen Poln. Mark	500,000	---
Frankreich Francs	15	---
Italien Lire	20	---
Bulgarien Lewa	80	---
Rumänien Lei	150	---
Alle übrigen Staaten Schw. Fr.	5	---

Neue

Freie Presse.

Morgenblatt.

Inseraten-Annahme:
In unseren Bureaus Wien, I., Fichtegasse Nr. 11
(Tel. Nr. 1088), I., Wollzeile 20 (Tel. Nr. 75443),
I., Schulerstrasse 15 (Tel. 75443, Kf. Anz.) und bei
allen Inseraten-Bureaus des In- und Auslandes.
Inserationspreise nach auflegendem Tarif.

Postsparkassenkonti:

Wien Nr. 26.030 | Agram Nr. 46.070
Prag Nr. 26.020 | Ljubljana Nr. 20.202
Budapest Nr. 24.356 | Sarajewo Nr. 7.042
Warschau Nr. 190.175.

Postcheckkonto Berlin Nr. 122.783.

Konto bei der Schweizerischen Kreditanstalt,
Zürich, der Banca Commerciale Triestina, Triest,
und der Banca Marmaroscch, Blank & Co., Bukarest.

Einzelverkaufspreise:

Morgenblatt an Wochentagen oder
Nachmittagsblatt am Montag
oder nach zwei Feiertagen K 1200
Son- oder Feiertagsblatt K 1500
Abendblatt K 600

Strassenverkauf durch die Kolporteurs der Firma
Goldschmidt I., Wollzeile 11.

Für die an Agenten, Ansträger oder Verschleiesser
bezahlten Beiträge leisten wir keine Garantie.

Nr. 21226

Wien, Samstag, den 13. Oktober

1923.

Zu redaktionellen Teil (Kleine Chronik, Lokalbericht,
Theater- und Kunstnachrichten, Economik) enthaltene ent-
geltliche Mitteilungen sind durch + kenntlich gemacht.

Scharfe Erklärungen sächsischer Minister.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Dresden, 12. Oktober.

Der sozialistische Arbeitsminister Graupe äußerte
beim Empfang von Arbeitern: Wir wollen Brückenköpfe
bauen, die Voraussetzungen für die Niederwerfung
der Reaktion schaffen und für die kommenden Kämpfe
rüsten.

Der kommunistische Finanzminister Böttcher er-
klärte: Wie organisieren wir die Kampffront gegen
den Faschismus? Wir werden alle Mittel einsetzen,
weil es um das Letzte der Arbeiter geht. Von unserem
Kampf wird das Schicksal der mitteleuropäischen Arbeiter-
bewegung abhängen. Die kommunistische Partei ist einig, daß
der Kampf gegen den Faschismus nicht propagandistisch,
sondern mit allen Mitteln zu führen ist. Wir sehen die
Lösung der Krise nur in der Aufnahme des re-
volutionären Kampfes.

Das Ende der Papiermark in Deutschland.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 12. Oktober.

Finanzminister Luther meint, daß das Reich allein
im Gegenjag zur Privatwirtschaft nicht mehr an der Be-
rechnung nach Papiermark festhalten kann, während sich
sonst überall die Goldberechnung durchgesetzt hat. Infolge-
dessen werden in der Reichsfinanzverwaltung
alle Zahlen auf die Goldgrundlage ge-
stellt werden.

Die Banken haben beschlossen, ab Montag eine
Denomination durchzuführen, und werden nicht mehr
in Mark, sondern in T-Mark, das heißt in
tausend Mark rechnen. An der Berliner Ge-
treidebörse wird von Montag ab der Kurs in Gold-
mark notiert werden, da in Papiermark keine Geschäfte
mehr abzuschließen sind. Man hofft, dadurch den Lebens-
mittelhandel etwas zu beleben.

Literarische Veröffentlichungen

der

„Neuen Freien Presse“.

Eine neue Erzählung von Ernst Lothar.
Nach Beendigung des Schauspiels „Menschen
von heute“ beginnt im Abendblatt der „Neuen
Freien Presse“ die Veröffentlichung einer neuen
Erzählung von Ernst Lothar:

„Partei: Mensch.“

In diesem Werk, worin ein scheinbar un-
überbrücklicher Konflikt auf überlegen-menschliche
Art gelöst wird, entrollt der Dichter ein
meisterlich gestaltetes Bild sozialer Gegensätze,
das unsere Leser gewiß in besonderem Maße
fesseln wird.

Chronikbeilage der „Neuen Freien Presse“.

„Zwölf Kilometer motorlos.“ Von
Dipl.-Ing. H. Martens. Seite 9.

„Erinnerungen an die Oktoberrevo-
lution 1848.“ Von Alois Czedit. Seite 9
und 10.

„Weib in Flammen.“ Von Georg Fröschel.
(27. Fortsetzung.) Seite 9.

Sozialdemokratie und Kommunismus.

Vergangenheit und Gegenwart.

Wien, 12. Oktober.

Ein kommunistischer Putsch hat in Bulgarien statt-
gefunden. Mit Sowjethilfe wurden Banden ausgerüstet,
um die Regierung zu stürzen, den König seines Thrones zu
berauben und eine Filiale von Moskau zu eröffnen. Man
sollte glauben, daß wir in Oesterreich nicht die geringste
Ursache haben, uns in diesen Streit hineinzuwickeln,
die Regierung Zankow zu verdächtigen und die Anhänger
des wildesten Bolschewismus zu unterstützen. Wer tut dies
jedoch und wer benützt jede Gelegenheit, um den Putschisten
freundlich zuzuwinken und ihre Niederlage zu bedauern?
Niemand anderer als die publizistischen Vertreter der öster-
reichischen Sozialdemokratie. Wir können bei Dr. Otto
Bauer lesen, daß die einst sehr schonend behandelte Volks-
wehr zum großen Teil aus Abenteurern und Verbrechern
bestand. Er spart nicht an Verurteilung für die radikalen
Extremisten, für jene, die nicht verstanden, daß die Ver-
hältnisse den Bolschewismus unmöglich machten. Dennoch
scheinen die alten Zusammenhänge nicht gänzlich aufgehoben
und das Fädeln mit den bulgarischen Kommunisten, mit
diesen Sturmtruppen der ärgsten Diktatur des Prole-
tariats, diese festsame Indiskretion beweist, wie mächtig noch
immer der linke Flügel ist und wie alle Rücksichten auf die
tatsächlichen Möglichkeiten nicht hindern können, daß die
Wahrheit herausspritzt und daß das wahre Gesicht zum Vor-
schein kommt.

Das Kokettieren mit dem bulgarischen Bolschewismus
wird damit begründet, daß Bulgarien eine Horthy-Regierung
besitze. Wir fühlen uns keineswegs dazu berufen, alle Hand-
lungen der Sozialer Regierung zu verteidigen. Kann sein,
daß der Rückstoß gegen das Gewaltregime von Stambuliski
ebenfalls gewaltsam war und daß nicht alles wie
in einem Damensalon der Politik sich abgespielt hat.
Ohne ein wenig politisches Faustrecht wird leider auf dem
Balkan noch immer nicht regiert und jede Periode der
Diktatur zeitigt neue Erschütterungen, ehe das Gleichgewicht

gefunden ist. Aber von einem solchen Tadel bis zur Ver-
urteilung in Bausch und Bogen ist ein weiter Weg und kein
politischer Mißgriff rechtfertigt jedenfalls, daß ohne Be-
gründung, ohne Anführung von Tatsachen das ganze Regime
sozusagen moralisch vernichtet wird; daß man jenen Recht
gibt, die zu den Waffen greifen, um in blutigem Morden
die Unterdrückung aller Klassen unter eine einzige durch-
zusetzen. Dazu gehört schon die ganz eigene Berbersität, wie sie
sich hierzulande auszudehnen liebt, die Verknäuelung der Ge-
danken, denen jede Folgerichtigkeit und jede Klarheit
mangelt.

Der Gruß an die bulgarischen Sowjetisten sollte eine
Warnung bilden für die Bürgerlichen, die noch immer als
freiwillige Mittläufer dem Zauber der sozialdemokratischen
Schlagworte unterliegen. Da fädeln sie davon, daß unter
ihrer Herrschaft die finanziellen Verhältnisse besser gewesen
seien als gegenwärtig, ein Jahr nach der Sanierung,
Spekulation auf das schlechte Gedächtnis der Einzelnen und
der Massen. Weiß niemand mehr, daß damals binnen
kürzester Zeit das Defizit von vier auf sieben, auf neun, auf
zwanzig, auf zwölf Milliarden und schließlich noch viel
höher gestiegen ist? Muß erst der Finanzminister daran
erinnern, daß das Defizit im Jahre 1920 noch mehr als
sechzig Prozent betragen hat? Dabei hat es sich damals um
Summen gehandelt, die relativ sehr leicht hätten aufgebracht
werden können. Die Krone stand damals auf mehr als
drei Centimes, und noch war nicht der Orkan der Geld-
entwertung über uns hereingebrochen, wie wir ihn später
erlebt haben. Damals war es leicht, durch raschen Abbau,
durch energische Ersparnis und durch innere Anleihen den
Weg zur Selbsthilfe zu bahnen und mit einem gewaltigen
Griff das Land dem Sumpf zu entreißen. Diese Gelegenheit
ging vorüber, vielleicht durch eine geschichtliche Notwendig-
keit, aber sicher nicht ohne die Schuld der Regierenden, die
der Demagogie gehorchten und es nicht über's Herz zu
bringen vermochten, der Verschwendung, der Stelengier und
dem Bürokratismus Einhalt zu gebieten und fehlerhafte
Experimente auszuschalten. Diesen Flecken werden alle Ge-
würze Indiens nicht wegringen.

Der Grund unseres Zusammenbruches ist eben dieses
Kokettieren mit dem Kommunismus, dessen letzte Aus-
läufer wir heute noch beobachten. Der Zusammenbruch
kam, weil die Inflation aus Liebedienerei gegen die Massen
geduldet wurde und weil jeder Sinn für Qualitätsleistung,
für höhere Intelligenz, für das, was sich aus dem Durch-

Das heutige Morgenblatt enthält:

„Militärzeitung“: „Militärische
Volksbildung.“ Von Generalmajor Karl
Korzer. Seite 14 und 15. „Ein Lehrer an der
Kriegsschule.“ Seite 15.

Fenilleton.

Die Sache Matropulos.

Komödie in drei Akten von Karel Capek. — Kaimund-
Theater.

Ob man die Stücke von Karel Capek gerne wiedersehen
wird, zum zweiten- oder gar zum drittenmal ... das ist die
Frage.

Man erwartet diese Stücke mit ungestümmter Neugierde,
sitzt dann angeregt, für die Dauer kurzer Momente sogar
aufgeregt, im Theater, man ist voll Spannung und
empfindt, von Akt zu Akt, seltsame Sensationen. Aber kein
einziger Eindruck läßt sich vor demselben Stück wiederholen.

Reibt nicht der Trieb, aus dem man andere Stücke,
obwohl man sie schon kennt, immer wieder gerne sieht? Nein,
er bleibt nicht.

Es bleibt, wenn die Lust am Neuartigen gestillt ist,
überhaupt nur wenig.

Was uns zu vielen, anderen Stücken, drei, viermal
und öfter noch lockt, ist die mehr und mehr erkennende, tiefer
und tiefer dringende Teilnahme an einem Menschenschicksal,
die Liebe zu einer Gestalt oder zu einer Gruppe von Gestalten,
fest und natürlich im Leben oder (was schöner ist) über dem
Leben stehend. Oder der Reichtum der Sprache. Endlich auch
die Lust, große schauspielerische Aufgaben in Größe benützt
zu sehen. Ich meine nicht den „Faust“ oder den „Hamlet“.

Bewahre! Ganz einfache Tragödien, wie „Diebelei“, ganz
simple Komödien, wie den „Raub der Sabinerinnen“, kann
man viele Male anhören und wird ihrer nicht überdrüssig.

Das Schicksal des jungen Mannes in der „Diebelei“
wirkt immer wieder anziehend und ergreifend. Er geht von
dem jungen Mädchen, das er eben wahrhaft zu lieben beginnt,
um für eine Frau zu sterben, die ihn nichts mehr ist und
wohl kaum jemals viel bedeutet hat. Ferner das Mädchen
selbst, das sich ganz und gar hingibt und dann ganz und gar
verlassen zurückbleibt. Dazu in der Spiegelung des anderen
Paares die echte, leichte und leichtsinnige Diebelei. Und in
weiteren Spiegelungen die Strumpfwirkerstättin, die nach
einer genügend verlebten Jugend ihr stilles Kleinbürger-
dasein führt, der Vater, der seine Schwester vor allem Glück
und vor aller Liebe behütet hat ... alles das so meisterhaft
ineinander verflochten, daß man immer wieder mit der ganzen
Freude am Nachdenkenlichen davon sieht, immer wieder vor der
starken Einfachheit großen sozialen Unrechtes hebt, in die
lebendige Anmut all dieser Gestalten immer wieder verliebt
wird und immer aufs neue begierig ist, sie dargestellt zu sehen.

Im „Raub der Sabinerinnen“ fühlt man sich jedesmal
unter hellem Lachen geführt von der theatralischen Beiflis-
heit des gutmütig naiven, alten Striese und verfährt sich
durch ihn jedesmal wieder mit den unzulänglichen Mühen
kleiner, armer Komödianten. Von wem hat man den Striese
nicht schon gesehen! Von Mitternurger, von Thimig, von
Bassermann, sogar von Rovelli. Und er ist niemals derselbe
gewesen.

Das ist es. Die Schauspieler greifen begierig nach
solchen Stücken. Sie fühlen, daß sie in ihnen etwas zu geben
haben, jeder nach seines Wesens Farbe. Und mag es auch
nur ein winziger Splinter vom ewigen Menschentum sein. Es
strahlt und punktet bei jedem anders. Aber es leuchtet bei
jedem.

In den Stücken von Karel Capek jedoch findet sich
eine ausgezeichnete Arithmetik des Theaters, ein blendender

Reduzierte Tennische

ältere Muster

ORENDI

Schnitte heraushebt, systematisch vernichtet wurde. Mit größter Brutalität wurde verkündet, daß der mechanische Arbeiter gleichwertig sei, wenn nicht höherwertig dem geistigen, und daß es vollkommen auf Billigkeit beruhe, wenn die Wäschfrau daselbe erhalte wie der Privatdozent. Dieser Kommunismus auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft, diese kommunistischen Fellen, wie sie die Sowjetleute nennen, haben uns das Vertrauen des Auslandes verschertzt und staatsfinanziell Oesterreich zugrunde gerichtet. Das Bürgertum muß bürgerlich wählen. Es darf nicht daran vergessen, daß Sozialismus und Kommunismus im Endziele dasselbe wollen.

Das rote Sachsen.

Bayerns Gegenspieler.

Von unserem Korrespondenten.

Dresden, 12. Oktober.

Immer mehr klafft Deutschland auseinander. Jeder Tag vergrößert vorhandene Spaltungen, fügt neue hinzu — nur alte zu schließen vergibt er. „Zwiespalt brauchte ich nicht zu stiften unter ihnen, denn die Einigkeit war aus ihrer Mitte längst gewichen.“ So Napoleon vor mehr denn hundert Jahren. Könnte Poincaré nicht dies Wort wiederholen, ohne eine Silbe daran ändern zu müssen? Die Parteijucht feiert Orgien in einer Zeit, die nichts so sehr fordert als Ueberwindung der Parteien und völlige Hingabe dem Vaterlande.

Vor diesem Hintergrund spielt sich der Kampf München-Berlin-Dresden ab, agieren Rahr und Knilling, Zeigner und Wötcher, Stresemann und Ebert. Nach bösen Revolutionserfahrungen herrscht in Bayern eine stark nationale, teilweise nationalisierende, jedenfalls klar antimarxistische Stimmung. Nach einem jahrzehntelangen, höchst einseitigen und gewalttätigen konservativen Parteiregiment haben in Sachsen, dem nördlichen Nachbarn Bayerns, die dort befehdenen Marxisten eine Mehrheit, die sie fast so rücksichtslos brauchen wie einst ihre konservativen Lehrmeister und ihre bayerischen Zeitgenossen. Zwischen beiden steht die Reichsregierung, das von allen Seiten, aus den eigenen Reihen bedrohte Kabinett Stresemann, immer bestrebt, angesichts der furchtbaren außenpolitischen Gefahren, die Deutschland umdrängen und die man weder in München noch in Dresden sehen will, Ruhe zu halten, zur Mäßigung zu mahnen, offenen Konflikten aus dem Weg zu gehen. So erscheint das Reichskabinett als stark passiv — Rahr und Zeigner als aktiv. Und so ist es auch. Sie sind die Gegenspieler. Einer möchte den anderen — wenn nicht vernichten, dann doch demütigen, seine Macht erschüttern, ihn mindestens aus dem Sattel heben. Bayern fühlt sich fast schon stark genug, dies Wagnis allein auf sich zu nehmen — Sachsen will die Hilfe des Reiches in Anspruch nehmen, solange es irgend geht, macht sich aber auch mit jedem Tag unabhängiger von Berlin, und versucht im stillen seine Kräfte für den bevorstehenden Kampf, den Bürgerkrieg, zu verstärken.

Auf zweierlei Weise geschieht dies. Man rüstet im Innern und sucht außen nach Bundesgenossen. Das Ministerium des Innern hat mit Hilfe der ihm unmittelbar unterstehenden Regierungskommissäre einen genauen Plan über die Einberufung von Hilfspolizei für Zeiten der Gefahr ausgearbeitet. Alle Vorbereitungen sind — nach amtlichem Bericht! — vollendet, es bedarf nur eines Regierungsauftrages, und die vorgesehene Hilfspolizisten rücken ein. Wer hat sie ausgewählt? Nur allein die sozialdemokratische Partei! Die Parteikarte gilt beim

Eintreffen im Standort als Ausweis. Das Reservoir für diese Hilfsmannschaften sind die proletarischen Hundertschaften. Für Einleitung, Beköstigung, Unterbringung, Bewaffung, Befolgung ist vorgesorgt. Dabei sollen die dem Bürgertum vor kurzem abgenommenen Waffen jetzt der Hilfspolizei dienen, also dem Gegner. Daneben ist die Polizei in sozialistischem Sinn umgestellt worden. Die Beamtenchaft wagt kaum ein freies Wort, denn jeder Beamte kann seit einigen Wochen ohne Angaben von Gründen aus seinem Amt entfernt werden. (Selbst den Bruder Friedrich Rasmanns, einen treuen Republikaner, haben die Sozialisten aus seinem Amt entfernt.) Die stärkste inner-sächsische Waffe ist natürlich die Verbrüderung mit den Kommunisten, ihre Aufnahme in die Regierung. Damit ist, vorerst wenigstens, der scharfe Kampf der R. P. D. gegen die Sozialdemokratie suspendiert. Kein Zweifel, daß sich dadurch die Stöckkraft der beiden Linksparteien wesentlich erhöht, denn bisher galt der ganze Kampf der Kommunisten nur dem Sozialismus, von dem allein sie Anhänger zu sich herüberziehen konnten. Des innern Haders ledig, können sich die beiden Arbeiterparteien mit verdoppelter Wucht auf das Bürgertum, den Kapitalismus, die Reaktion stürzen. Außerordentlich wird die Rückwirkung des Eintrittes der Kommunisten ins Kabinett zu begreifen sein. Mit der Aera der sogenannten „nationalliberalen Sozialdemokratie“ ist es in Sachsen vorbei. Ihre Führer sind beseitigt oder kaltgestellt, die Massen sind längst von ihnen abgewendet: die Extremen werden künftig regieren.

Dr. Zeigner ist ein anderer Michael Kohlhaut. Er kämpft für seine „Ueberzeugung“, für sein „Recht“, unbehindert um Parteidoctrinen oder Gesinnungsgruppen, gleichgültig gegen die daraus erwachsenden Folgen. Jetzt erst hat er völlig freie Hand, den Kurs so zu steuern, wie er will, d. h. ganz links. Er wird die Gunst der Stunde ausnützen. Vor einer schwachen Reichsregierung weicht er nicht zurück — einer starken Bayernregierung wird er den Fehdehandschuh hin. Stresemann hat ihm einen Trumpf in die Hand gespielt, den er zu verwerten wissen wird. Der Kanzler ist vor Bayern offensichtlich zurückgewichen, hat klar und eindeutig auf die Durchführung des Grundgesetzes: „Reichsrecht bricht Landesrecht“ in bezug auf den Ausnahmezustand verzichtet. Er hat damit die Politik der alten Nationalliberalen bewußt verlassen, die immer das Reich über die Länder stellten, und hat Zeigner damit das Recht gegeben, zu fragen, ob es überhaupt noch ein Reich gibt, ob für Bayern neue Vorrechte gelten und ob die anderen Länder, selbst das größere Preußen, immer und stets von neuem hinter dem süddeutschen Hort des Partikularismus zurückstehen sollen. Selbst dem vielgewandten Kanzler dürfte es schwer fallen, die offenkundige Bevorzugung Bayerns zu rechtfertigen.

So gibt Bayern mit seinen Hitler-Garden, seiner Unterdrückung der oppositionellen kommunistischen Presse und seinen mancherlei anderen Extravaganzen den Sozialisten und Kommunisten täglich neue Gelegenheit, ihre eigene rücksichtslose und einseitige Politik im Herzen Deutschlands bis zu einem gewissen Grade zu rechtfertigen. Mehr als das: Bayern und niemand anders als Bayern ist der Anlaß zum Zusammenschluß der beiden Linksparteien in Sachsen und in Thüringen, ist auch der Anlaß zum engeren Zusammenschluß dieser beiden Länder überhaupt. Diese Bestrebungen datieren allerdings nicht erst von gestern, aber unter dem Vorgänger Zeigners kam es über freundschaftliche Besprechungen ohne viel positiven Wert nie hinaus. Jetzt aber, wo die vereinigten Linksparteien im Herzen Deutschlands

deutlich ihre Bedrohung von Süden und von Norden empfinden, suchen sie das Prävenire zu spielen und einen vollen Teil zwischen Nord und Süd zu schieben. Sie wissen wohl, daß, wenn ihre Bollwerke in Sachsen und Thüringen gesprengt werden, auch die Außenforts in Anhalt und Braunschweig verloren, ja ihre Parteien selbst aufs schwerste gefährdet sind. Auch daran erinnert sie Bayern, daß sie ja einmal unumschränkt beherrscht haben. Daher die große Ministerkonferenz in Leipzig am letzten Sonntag. Dr. Zeigner hat zwar bestritten, daß sie sich mit der Frage des engen Bündnisses zwischen beiden Ländern befaßt hätte, aber Glaubwürdigkeit kommt dieser Erklärung nicht zu. Man kommt nicht mit drei, vier Ministern auf jeder Seite zusammen, um gleichgültige Dinge, ja auch nur um den Fall Geßler zu besprechen. Ganz zweifellos sind in Leipzig die kommenden Ereignisse besprochen, Vereinbarungen über die gemeinsame Politik gegenüber dem Reich und gegenüber Bayern getroffen und sicherlich auch gegenseitige Unterstützung bei gewaltsamen Eingriffen oder Angriffen verabredet worden.

Die nächsten Tage werden Aufklärung bringen. Viel wird dabei auch vom Ausgang der Verhandlungen Zeigners mit Stresemann über den Fall Geßler abhängen. Die innere Absonderung Sachsen-Thüringens vom Reich ist gewiß nicht entfernt soweit vorgeschritten wie die Bayerns — aber zu verkennen sind ihre Anfänge nicht mehr. Schwere Sorge um die Zukunft bedrückt daher diejenigen im Zentrum Deutschlands, denen Deutschland nicht Objekt, sondern Herzenssache ist. Machtlos steht das Bürgertum da: Die wahre Stütze des Reichsgedankens, treue und unverzagte Helfer auch jetzt noch, in diesen Tagen unfagbarer geistiger und leiblicher Not. Es sieht das Unheil kommen, kann nur warnen, nicht mehr wehren, denn die Extreme herrschen und die Mitte droht nach jahrelangem Kampf zusammenzubrechen. Dr. Otto Bandmann.

Deutschlands Not.

Feuerung und Arbeitslosigkeit.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 12. Oktober.

Im Reichstag herrschte heute nach dem bewegten gestrigen Tag eine ruhige Stimmung. Einige Fraktionen der Regierungskoalition halten Sitzungen ab. Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß es der Regierungskoalition gelingen werde, für die morgige Abstimmung 306 Abgeordnete heranzuziehen, deren Anwesenheit zum Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes notwendig ist. Es wird besonders darauf gerechnet, daß die sozialdemokratische Fraktion die 20 Mitglieder ihrer Partei, die gestern gegen den ersten Paragraphen des Ermächtigungsgesetzes gestimmt haben, dazu bewegen wird, während der morgigen Abstimmung im Saale zu verbleiben.

Auf dem Devisenmarkt hat die Regierung wieder einmal eingegriffen und hat eine leichte Senkung des Dollars erreicht, der heute nach amtlicher Feststellung 4 Milliarden beträgt. Auch sollen scharfe Maßnahmen getroffen worden sein, um spekulative Devisenkäufe aus dem Rheinland, die, wie verlautet, sehr stark dazu beigetragen haben, den Dollarkurs in den letzten Tagen in die Höhe zu treiben, nach Möglichkeit zu verhindern.

Die Preissteigerungen.

Trotz der leichten Abschwächung auf dem Devisenmarkt geht die Preissteigerung weiter. Auf den Lebensmittelmärkten herrschte heute, wie ein Berliner

Einfall, eine bizarre Handlung, die auf der obersten Oberfläche des Einfalles hingeleitet, um zuletzt in ein Nichts, in eine triviale Nebensächlichlichkeit zu zerstäuben, die sogar jeglichen Glanzes entbehrt. In diesen Stücken ist Klugheit, Handwerkskunst, Elektrizität. Aber kein Blut. Sie funktionieren, aber sie leben nicht.

Das Stück der künstlichen Menschen, der Roboter, das vor drei Tagen gespielt wurde, wer will dieses Stück, wenn er es schon kennt, noch einmal anhören? Und „Die Sache Makropulos“, wer von allen, die im Theater dabei waren, hat Lust, noch einmal hinzugehen? Man weiß nun, hier wie dort, den Ablauf der Begebenheiten und damit ist die Geschichte, hier wie dort, erledigt. Ganz ähnlich geht es ja auch mit den Detektivromanen. Kein Mensch, der nicht an Kopf und Herz ein kleiner Junge geblieben ist, liest den spannendsten Conan Doyle ein zweites Mal. Da müßte neben den Geschehnissen, zwischen und über ihnen die Fülle des Menschlichen sein, etwa wie im Oliver Twist von Dickens oder im Maskolnikow des Dostojewski (um zwei Bücher mit einer Kriminalhandlung zu nennen). Selbst die aufregendsten Geschichten von Conan Doyle wirken auf ernste Leute nicht mehr, wenn erst einmal der Trick durchschaut ist, die Konstruktionsart erkannt, womach diese Geschichten angefertigt sind.

Was soll einen noch reizen, das Stück von den künstlichen Menschen ein zweites Mal zu sehen, wenn man schon weiß, daß die Roboter alle Menschen totschlagen, und daß die Welt dennoch fortbestehen wird, weil ein Roboter und eine Robotin Zeugungsorgane an sich entdecken und Lust zur alten Manier, Menschen zu machen, zurückzukehren. Was könnte einen noch einmal dazu bringen, „Die Sache Makropulos“ anzuhören, jetzt, da man schon weiß, daß es um eine Frau geht, die dreihundertfünfzig Jahre gelebt hat und die nun begreift, ein Mensch dürfte nicht so lange leben. Sonderbar, wie hier an einer Stelle das eiserne Gerüst der Konstruktion bloßliegt: die dreihundertfünfzigjährige Dame schenkt das Rezept, nach dem sie ihr Dasein verlängert hat, einem jungen Mädchen. Das nimmt die wichtige Schrift und verbrennt sie. Also weiß niemand mehr, wie man ertliche Jahrhunderte leben kann. In dem Roboterstück wird das Rezept, nach welchem die künstlichen Menschen angefertigt wurden, gleichfalls verbrannt. Also versteht niemand mehr, Roboter zu machen. Rezept, hier wie dort. Auch beim Autor: Rezept.

und Spalten darin, wurden nicht glatt vernichtet. Das hält bloß für die Dauer des Spieles. Klafft aber oft auch mitten drin auseinander. Daß in der Fabrik, in der man fünfzehn Jahre lang Millionen Roboter hergestellt hat, kein Mensch mehr weiß, wie's gemacht wird, nun das Papier, darin es aufgeschrieben steht, verbrannt ist, wirkt ebenso unmöglich wie in der „Sache Makropulos“ die Dame, die mehr als zwei Jahrhunderte ihr Dasein nach der Vorschrift des Makropulos verlängert hat, diese Vorschrift nicht in- und auswendig kennt, und sterben muß, weil auch dieses Rezept verbrannt ist.

Um das Dokument, das ihr vor hundert Jahren bei einem Liebhaber in einer Schublade liegen geblieben ist, mengt sich Emilie Marty in einen alten Erbschaftsprozesse, macht beide Gegner, Advokat und Sollicitator, den jungen Sohn des einen der Prozessierenden, kurz, alle Welt in sich verliebt. Drei Akte lang geht die Jagd nach dem Dokument, eng verbunden mit den erotischen Händeln aller Männer vor sich. Der kleine Janek Brus erschießt sich, weil sein Vater eine Nacht bei Emilie Marty schläft. Diese drei Akte sind eine Verbindung von mittelmäßigem Conan Doyle mit wohlfeilem Frank Wedekind und sehr billigem Edgar Allan Poe. Dann verrinnt das Ganze im Sande banalster Lebensart. Banale Lebensart am Schluß der langwierige Speech des Sollicitators über die jammervolle Kürze des Menschendaseins. Noch viel banaler jedoch die Erklärung des toten verwaisten Vaters, daß der Mensch in „seinen Kindern weiterlebe“. O Gott, O Gott.

Diese Stücke sind von einer fettigen Dürre. Sie täuschen Fülle vor und zeigen am Schluß jedesmal ihre schreckliche Magerkeit. Sie markieren Phantastie, und es entfällt sich eine sehr kurzatmige Phantastik, die mit einem leeren Einfalle ein leeres Spiel treibt, ohne die seelische Kraft, ihn menschlich zu fällen. Da der Einfalle nicht zu vollem Leben aufblühen kann, schrumpft er zusammen und schrumpft hin. Diese Stücke gleichen dem sterbenden Schweinchen, jenem netten Spielzeug, das von Luft aufgeblasen eine Weile lang in äußerster Straffheit dasteht, bis es schlottrig und faltig wird, um schließlich mit einem wehmütigen trivialen Laut in sich zusammenzubrechen. Nichts bleibt übrig, als die schlaffe, leere Gummihaut des Einfalles.

Hinter diesen Stücken bleibt man mit dem kleinen Neger des Geflusses zurück, dann mit der Magerlichkeit darüber, daß so viel unselbstbarer Theaterflim so viel reinen

geben dem Regisseur die Veranlassung, in Neußerlichkeiten zu brillieren, in besonders aufgeputzten Kulissen, in sonderbaren Beleuchtungen, in bedeutam scheinenden Tonarten der Darsteller. Dr. Beer, der die Aufführung inszeniert hat, blieb innerhalb der Grenzen, die ihm sein quier, künstlerischer Geschmacks zog. Er deutet durch das Kolort wie durch die Form der Dekorationen das Sketchartige und Mittliche des Stückes mit leiser, diskreter Ironie an und hielt die Schauspieler, bei aller Intensivierung des Tones, im richtigen Maß.

Den Schauspielern freilich bieten die Stücke vor Marcel Capek nur ganz primitive Aufgaben. Besonders die kleineren Rollen verlieren sich in einer mehr skizzenhaften Zeichnung unbestimmter Figuren, die eher einen Typus vorzustellen scheinen als ein besonderes Einzelwesen. Da ist zum Beispiel Janek, einfach der Jüngling von zwanzig Jahren. Und Kersten spielt ihn auch so; zwanzigjährig, dumm, verliebt und weiter nichts. Oder Christina, das junge Mädchen, von Grete Wigmann mit denselben unpersönlichen Eigenschaften versehen, wie der Janek durch Kersten. Dann Albert Gregor, der eine Prozessgegner, den Friedrich Rosenthal spielt, als sei er in einem Stück von Wedekind beschäftigt. Den alten Liebhaber macht Herr Ziegler, aber er macht ein wenig Theater. Noch ein bißchen mehr Theater macht Herr Keune mit dem Advokaten, sogar (in der Perücke und in gelegentlichen Akzenten) Vorstadtheater. Wie man vor dreißig Jahren Gestalten von E. L. Hoffmann auf die Bühne brachte. Der Sollicitator ist Herr Forest, tragikomisch und lebensrecht. Hoffentlich zerbricht seine Stimme nicht noch mehr als sie schon zerbrochen ist.

In der männlichen Hauptrolle Herr Edthofer. Seit er in Berlin war, hat er mehr inneres Gewicht bekommen, mehr freie Festigkeit der Haltung. Er gibt den Jaroslav Brus sozusagen aus dem Handgelenk, untermalt die großen Redensarten mit der Farbe reicher, ironisch gewordener Lebenserfahrung und läßt sein Liebesabenteuer mit der Emilie Marty unglücklich sein von einem letzten Schimmer entschwindender Jugend. Die Emilie Marty, die dreihundertfünfzig Jahre alte, ewig junge Bühlerin ist Leopoldine Konstantin. Sie sieht blendend aus, hat den großen Ton, die große Gebärde und eine fabelhafte Routine. Sie gibt die müde, gleichgültige, völlig erkaltete Bühlerin der Emilie mit allen äußeren Reizen gefährlicher Verführungskunst.

Trotz alledem, ein zweites Mal möchte man nicht ins Theater, um dieses Stück zu sehen. Man ist nach dem ersten Mal zu fertig damit. Und man trägt als Zuschauer zu wenig

Blatt sich ausdrückt, ein wahrer Milliardenbaumel. Die Preise notwendiger Lebensmittel erreichten und überschritten zum Teil das Preisniveau von einer Milliarde. Alle Wuchererordnungen, welche die Behörden erlassen, bleiben wirkungslos. Die Konsumenten geben sich auch gar nicht mehr die Mühe, die Wucherpolizei zu benachrichtigen, da sie doch vollkommen ohnmächtig ist. Die Händler scheuen schon längst die Wucherpolizei nicht mehr.

Namentlich auf dem Fettmarkt wurden phantastische Preise verlangt. Margarine kostete bis 800 Millionen, Schmalz eine Milliarde das Pfund. Butter war wenig zu haben, und in den Geschäften, in denen Butter verkauft wurde, wurden Preise von 1.6 bis 1.8 Milliarden verlangt. Es wurde aber nur ein Viertelpfund abgegeben. Auf dem Fleischmarkt sind die Preise seit gestern um 25 Prozent gestiegen. Die Preise für Wursthwaren haben sich seit gestern um 50 Prozent erhöht. Jede bessere Wurstsorte ist nicht unter 600 Millionen das Pfund zu haben. Auch die Gemüsepreise haben sich erhöht. Kartoffeln kosteten 35 Millionen das Pfund, für ein Ei mußten 55 Millionen gezahlt werden.

Auch auf allen anderen Gebieten geht die Preissteigerung in geradezu ungeheurer Weise weiter. Die Berliner Straßenbahn hatte vor Beginn dieser Woche den Fahrpreis auf 10 Millionen Mark festgesetzt. Jetzt wird mitgeteilt, daß von morgen ab der Straßenbahntarif auf 20 Millionen erhöht wird. Dieselbe Erhöhung nahmen natürlich auch die Omnibusse vor. Täglich wird auch der Brotpreis hinaufgesetzt. Der Verband der Berliner Bäckermeister teilt mit, daß von morgen ab das markenreife Brot 340 Millionen kosten werde. Auf den Lebensmittelmärkten herrschte an mehreren Stellen der Stadt eine sehr erregte Stimmung. In Moabit schickten sich etwa 500 Personen unter Führung eines bekannten Kommunisten an, Lebensmittelgeschäfte zu plündern. Die Polizei zerstreute die Zusammenrottungen.

Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit.

Während auf der einen Seite die Preise unaufhaltsam sich erhöhen, nimmt auf der anderen Seite die Arbeitslosigkeit in erschreckendem Maße zu. Von dieser Zunahme gibt ein Bild die Statistik, die das brandenburgische Landesarbeitsamt wöchentlich veröffentlicht. Aus dieser Statistik geht hervor, daß selbst die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitern in Brandenburg ständig zurückgeht, obwohl augenblicklich gerade viel Kräfte zur Einbringung der Kartoffelernte gebraucht werden. Arbeiterentlassungen finden in der Glasindustrie statt. Die große Porzellanfabrik in Teltow hat wegen mangelnder Beschäftigung über hundert Arbeiter entlassen müssen. Die Töpfereien in Finsterwalde haben ihren Betrieb vollständig eingestellt. In der Metallindustrie steigt die Zahl der Arbeitsuchenden, aber es besteht keine Nachfrage. In einer Reihe von Metallbetrieben ist Kurzarbeit eingeführt worden. Der Geschäftsgang in der Textilindustrie wird immer schlechter. Eine große Anzahl von Betrieben arbeiten gegenwärtig nur drei Tage in der Woche. Auch in der Holzindustrie ist in einer Reihe von Unternehmen die Kurzarbeit eingeführt worden, die manchmal sogar bis zwei Tage wöchentlich geht.

Besonders traurig liegen die Verhältnisse in der Bekleidungsindustrie. In der großen Schuhindustrie von Finsterwalde wird nur noch an einem Tag in der Woche gearbeitet. Eine große Schuhfabrik in Frankfurt an der Oder hat ihren Betrieb vollständig geschlossen. Aus Potsdam und anderen Städten der Mark Brandenburg wird gemeldet, daß zahlreiche Schneider und Schuster ihr Gewerbe haben aufgeben müssen und daß sie sich beim Arbeitsnachweis als arbeitslos gemeldet haben. Die Bautätigkeit ist infolge der enormen Steigerung der Baumaterialpreise stark zurückgegangen. Allgemein wird Entlassung sämtlicher Bauarbeiter und Bauhandwerker vorgenommen. Ähnliche Nachrichten über Arbeitslosigkeit kommen aus den übrigen Teilen des Deutschen Reiches.

Die Verordnungen über die Steuer-aufwertung.

Die morgen in Kraft tretende Verordnung über die Steueraufwertung und die Vereinfachung im Steuerwesen sieht mit Ausnahme der Zölle und der Tabaksteuer die Zahlung der Steuern nach dem Goldwerte für alle nach dem 1. September fällig werdenden Steuern vor. Rückständige Steuerbeträge werden auf Gold aufgewertet. Die Zahlungen haben in gesetzlichen deutschen Zahlungsmitteln zu erfolgen. Nähere Bestimmungen über die Zahlung in deutschen Gold- oder Silbermünzen sowie in ausländischen Zahlungsmitteln sind vorgesehen. Die Veranlagung zur Vermögenssteuer wird für das laufende Jahr eingestellt. Die Verpflichtung zur Zeichnung von Zwangsanleihe erlischt; dagegen bleibt die Verpflichtung zur Entrichtung der Brotverorgungsabgabe bestehen. Die Festsetzung von Steuern unterbleibt, wenn ihr Betrag eine gewisse Grenze nicht übersteigt. Die Regierungen der Länder werden ermächtigt, die in der Verordnung enthaltenen Grundzüge auf die Abgaben der Länder und Gemeinden anzuwenden.

Ausschreitungen und Plünderungen.

Eine tausend Personen, die heute mittags das Rathaus in Schöneberg zu stürmen suchten, um vom Bürgermeister eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise zu erzwingen, wurden von Schutzpolizei ohne besondere Zwischenfälle zerstreut. Auf dem Güterbahnhof in Steglitz wurden etwa 800 Personen, die einen mit Kartoffeln beladenen Wagen umstellten, um ihn zu plündern, rechtzeitig von der Schutzpolizei auseinandergetrieben.

Die Gerichte über Plünderungen von Lebensmittelgeschäften in Großbessau sind, wie das

hallos. Auch kann von einer Marnbereitschaft der Schutzpolizei keine Rede sein.

In Wiesbaden kam es gestern in der Altstadt und im westlichen Stadteil zu Unruhen und Plünderungen. Die Erwerbslosen zogen nachmittags vor das Rathaus und verlangten eine Beihilfe von je 10 Milliarden. Die Unruhen auf der Straße dauerten bis zum Abend an. Schließlich gelang es der Polizei, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

In Solingen ereigneten sich wegen Erhöhung des Preismultiplikators für Lebensmittel Ausschreitungen und Plünderungen. Die Polizei machte von der Waffe Gebrauch, wobei mehrere Personen leicht verwundet wurden. Die Polizei beherrscht die Lage.

Das Programm des neuen sächsischen Kabinetts.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Dresden, 12. Oktober.

Die heutige Sitzung des sächsischen Landtages war ausgefüllt mit der Regierungserklärung, die Ministerpräsident Zeigner verlas. In der Regierungserklärung heißt es, die neugebildete Regierung sei die Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung. Die werktätigen Schichten ganz Deutschlands seien auf das schwerste bedroht. Herr v. Rahr und Graf Westarp hätten das Lösungswort: „Nieder mit dem Marxismus!“ ausgegeben. Das Großkapital in Industrie, Finanz und Landwirtschaft sei zur Offensive übergegangen. Viele Tausende von Arbeitern und Angestellten seien auf die Straße geworfen worden. Schwerindustrielle Kreise des Ruhrgebiets diktierten den Beinhunden tag und verhandelten gleichzeitig mit den französischen Okkupationsbehörden in der kaum noch verhüllten Absicht, sich auf fremde Bajonette gegen die deutsche Arbeiterschaft zu stützen. Der Zusammenbruch der Politik dieser Kreise im Inneren und Äußeren soll verschleiert, die furchterlichen Schäden dieser Politik sollen auf die große Masse abgewälzt werden.

K. L. I. N. G. E. N.
EXTRA-SUPRA-DELUXE

Verlangen Sie eine **Probeklinge** der neuen „Mem de Luxe“! Kostenlose Zusendung unseres illustrierten Vierfarben-Kataloges an Exporteure und Grossisten, enthaltend 50 diverser Koinmetz- und Luxus-Rasierkassetten.

Export nach allen Ländern.

M. E. Mayer, Wien,
Rasierapparate- und Klingentabrik
Zentral-Stadtbureau: I., Lobkowitzplatz 1
Telegraph-Adresse: Basomom-Wien. Gegründet 1880.

Die Regierung werde sich jederzeit als die Regierung der gesamten werktätigen Bevölkerung fühlen und betätigen. (Zuruf von rechts Bauernfang!) Gestützt auf die Arbeiter und Angestellten, die Beamten, die Angehörigen der freien Berufe, Kleinbauern und die denkenden Mittelstandsschichten, wolle sie die Gefahren einer großkapitalistischen Militärdiktatur bannen. Sie werde alles versuchen, um eine solche Diktatur zu verhindern und den Bürgerkrieg zu vermeiden. Um diesen Abwehrkampf des Staatsapparat weiter energisch von allen säubern, die für die verfassungswidrige Diktatur des Großkapitals offen und verdeckt tätig seien. Die proletarischen Organisationen mit allen Kräften zu fördern, werde eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung sein. Die sächsische Regierung werde sich mit aller Energie dafür einsetzen, daß wirtschaftliche und finanzielle Maßregeln getroffen werden, welche geeignet seien, den Verfall der Mark, der Staatsfinanzen und der gesamten wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte zu bannen. Es werde versucht werden, die Lebensmittelversorgung durch Beschaffung von Brotgetreide und Kartoffeln aus anderen Ländern sicherzustellen. Die sächsische Regierung erkläre feierlich: Wir stehen zum Reich und werden für die Einheit Deutschlands bis zum äußersten kämpfen.

Verhaftung von Führern proletarischer Hundert-schaften.

Auf Befehl des Reichswehrkommandos 4 sind in Sachsen eine Anzahl von Führern von proletarischen Hundertschaften verhaftet worden, weil sie gegen den Ausnahmezustand und gegen die Bestimmung verstößen haben, daß Versammlungen unter freiem Himmel verboten sind. Das Wehrkreiskommando hat eine Anzahl von Arbeiter- und Betriebsraterversammlungen in verschiedenen Städten Sachsens verboten.

Ein Konflikt zwischen Frankreich und der Schweiz.

Paris, 12. Oktober. Das Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret des Präsidenten der Republik, durch welches die französisch-schweizerische Zollgrenze auf die politische Grenze zurückgeführt wird. Damit sind die Kreizeone, die im Jahre 1815 aufgerichtet

Bern, 12. Oktober.

Das einseitige Vorgehen Frankreichs in der Jönenfrage hat im Bundeshaus peinlich berührt. Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung die Lage, die durch die von der französischen Regierung mitgeteilte Entscheidung für die Schweiz geschaffen wird, einer Beratung unterzogen. Er hat festgestellt, daß diese Entscheidung, wenn sie ausgeführt wird, die Rechte der Eidgenossenschaft verletzen würde, die ihr aus den Verträgen von 1815 und 1816 zukommen. Sie kann nicht durch die Haltung, welche der Bundesrat gegenüber der französischen Regierung bisher beobachtet hat, begründet werden und ist selbst im Widerspruch mit dem letzten Absatz des Artikels 435 des Versailler Vertrages. Der Bundesrat hat beschlossen, gegen den von der französischen Regierung angekündigten Akt Verwahrung einzulegen. Dieser Akt hat eine plötzliche und durch keine genügenden Gründe gerechtfertigte Unterbrechung der noch schwebenden Besprechungen zur Folge. Er ist völkerrechtswidrig. Der Bundesrat wird die französische Regierung mit der Bekanntgabe seiner Verwahrung ersuchen, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß die strittigen Rechtspunkte dem Internationalen Gerichtshof im Haag unterbreitet werden.

Das Komplott in Bukarest.

Bukarest, 12. Oktober.

Durch die gerichtliche Untersuchung des Komplotts wurde das Bestehen einer Verschwörung zur Beseitigung dreier Minister, zweier Finanzleute und dreier Journalisten, sowie die Verteilung der Rollen zur Durchführung der Mordanschläge, zu denen auch ein Attentat gegen den Redakteur des „Abeverul“, Rosenthal, gehörte, festgestellt.

Wie der halbamtliche „Vitorul“ mitteilt, geht aus den Auszügen der Verhafteten hervor, daß die Verschwörer durch Reden und Zeitungsartikel der Professoren Cuză, Codrăno, Schumiliu und Paulesco aufgehetzt worden sind, und daß sie ihre Geldmittel von Geldgebern bezogen haben, denen der Zweck der Fonds unbekannt gewesen sei.

Vertagung der Beratung über die ungarische Frage in der Reparationskommission.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Budapest, 12. Oktober.

Nach hier eingelangten Informationen war für heute die Sitzung der Reparationskommission anberaumt, die sich mit der Frage der ungarischen Anleihe befassen sollte. Die Reparationskommission hat sich die Entscheidung darüber vorbehalten, ob der Finanzausschuß des Völkerbundes mit der Sanierungsaktion für Ungarn betraut werden soll. Gleichzeitig will die Reparationskommission ihren früheren Beschluß, wonach die Ungarn zur Verfügung stehende Anleihe auch zu Reparationszwecken verwendet werden dürfe, einer Revision unterziehen. In den Mittagsstunden ist aus Paris die Nachricht eingetroffen, daß die für heute anberaumte Sitzung der Reparationskommission, deren Programm die Behandlung der ungarischen Frage war, auf einige Tage verschoben worden ist.

Die Antwort des Prager akademischen Senats auf die Eingabe der deutsch-nationalen Studenten.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Prag, 12. Oktober.

Der akademische Senat der deutschen Universität befaßte sich heute mit der Eingabe der deutschnationalen Studentenschaft und beschloß, nachstehende Rundmachung an die Hörer zu richten:

Die deutschvölkischen Studenten haben am 24. September eine Eingabe an den akademischen Senat gerichtet, die in Form und Inhalt den akademischen Senat nötigt, seine schärfste Mißbilligung zum Ausdruck zu bringen. Sachlich zu dieser Eingabe Stellung zu nehmen, erübrigt sich schon deshalb, weil sie im Hinblick auf spätere Eingaben der Studentengruppe als gegenstandslos zu betrachten ist. Er erklärt nur gegenüber den in dieser Eingabe enthaltenen Drohungen sowie auch gegenüber den Versuchen der freien Vereinigung sozialistischer Akademiker der deutschen Hochschule in Prag, durch den Hinweis auf die Möglichkeit des Eingreifens außerakademischer Kreise auf die Entscheidung akademischer Behörden einwirken zu wollen, daß er alle derartigen Drohungen und Verschüchterungsversuche auf das entschiedenste zurückweist und entschlossen ist, jede Störung des Universitätsbetriebes, von welcher Seite sie auch immer kommen mag, auch mit den schärfsten Mitteln zu verhindern.

In Eingaben der deutschvölkischen Studentenschaft und der in der Les- und Redehalle vereinigten deutschen Studentenschaft geben diese beiden studentischen Gruppen dem akademischen Senat ihre scharfe Verurteilung des Verhaltens der Herren Professor Dr. Dehar Fischer und Privatdozent Dr. Hugo Hecht gelegentlich der letzten Gemeindevahlen Ausdruck. Der akademische Senat muß im Hinblick auf seine Zuständigkeit grundsätzlich ablehnen, sich irgendwie, wenn auch nur in der Form einer Kritik, mit der Parteistellung oder der politischen Betätigung der Hochschul-Lehrer zu befassen. Allerdings erwartet er aber von jedem Mitgliede des Lehrkörpers, daß es die Rechte und Interessen des deutschen Volkes in der czechoslovakischen Republik, mit denen die Rechte und Interessen der deutschen Universität untrennbar verbunden sind, tatkräftig wahr und jedenfalls alles vermeidet, was diesen Rechten und Interessen nachteilig sein könnte.

In einer Eingabe der deutschvölkischen Studentenschaft legt diese gegen die Berufung eines Pro-

tät Verwahrung ein. Der akademische Senat lehnt es ab, diese unberechtigte Verwahrung zur Kenntnis zu nehmen.

Das von mehreren Studentengruppen gestellte Verlangen nach Anerkennung des Mitspracherechtes der deutschen Studentenschaft in den sie berührenden Unversitätsfragen anerkennt der akademische Senat, so weit es sich um etwa jenes Ausmaß dieses Rechtes handelt, das im Deutschen Reich bereits derzeit gilt, als durchaus berechtigt. Der akademische Senat wird daher unverzüglich mit sämtlichen Studentenschaftsgruppen in Verhandlung treten, um die Voraussetzung für die Anerkennung solcher Rechte, die vor allem in der Bildung einer berechtigten Vertretung der gesamten deutschen Studentenschaft besteht, eine Fühlungnahme mit der deutschen Studentenschaft zu schaffen.

Der Großindustrielle Leon Bondy gestorben. Telegramm unseres Korrespondenten.

Prag, 12. Oktober. Heute ist in Prag der Vizepräsident der Prager Handelskammer, Großindustrieller Leon Bondy, im 64. Lebensjahre gestorben. Nach Erwerbung des Ingenieurdiploms und nach Absolvierung der Montanistischen Hochschule in Leoben trat er in die väterliche Fabrik in Buda ein, war Mitbegründer der Eisenwerke in Zenitza in Bosnien und wurde vor mehr als 20 Jahren Teilhaber der Eisenerzeugung, die nach dem Umsturz in die Ferra A. S. umgewandelt wurde. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit lag in seinem Wirken in der Prager Handelskammer, der er seit dem Jahre 1902 angehörte. Später wurde er zum Vizepräsidenten der Handelskammer gewählt, welche Stelle er bis zu seinem Tode einnahm. Nach dem Umsturz wurde er Präsident des Wirtschaftsrates und der Außenhandelskommission. Bondy hatte sich vor einigen Tagen einer Operation unterzogen. Es trat eine Lungenentzündung ein, der er erlegen ist.

Oesterreich und die Türkei. Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

Wien, 12. Oktober. Nach einer Meldung aus Konstantinopel ist dort der österreichische Gesandte in Sofia, Kral, eingetroffen, um Besprechungen über die Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen, sowie handelspolitischen Beziehungen zwischen Oesterreich und der Türkei zu pflegen.

Wie wir vernehmen, ist Herr August Kral ausser, als erster Gesandter der Republik in der Türkei zu fungieren. Er ist seit dreißig Jahren im Konsular- und diplomatischen Dienst auf dem Balkan und im nahen Orient tätig.

Die Jüdische Wahlgemeinschaft.

Von Dr. Rudolf Schwarz-Siller. Gemeinderat der Stadt Wien.

Wir geben die Ansichten des geschrienen Herrn Verfassers wieder, ohne uns mit seinen Ansichten zu identifizieren.

Wien, 12. Oktober.

Die Ereignisse des 12. November 1918 haben dem neuen, verkleinerten Oesterreich zwar eine neue Staatsform: die Republik, nicht aber die so ersehnte wirkliche Freiheit, die wahre Demokratie gebracht. Oesterreich ist zwar Republik, aber bis zum heutigen Tage noch nicht demokratische Republik. Die alte ehemalige absolutistische Herrschaft der Wiener Bürokratie wurde abgelöst durch die nicht minder drückende, nicht minder verderbliche Herrschaft der Parteien. „Herrschaft wechselt nur die Hände, doch die Willkür nimmt kein Ende.“ Selbst die wichtigsten Grundgesetze, so zum Beispiel das ehrwürdige Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, haben bei ihrer praktischen Handhabung in der Republik keine Verbesserung oder Erweiterung, sondern im Gegenteil nur Verschlechterungen und Einschränkungen erfahren. Wir wissen aus der täglichen Erfahrung zur Genüge, wie leicht man sich heute über die staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechte und Freiheiten der Bürger dieses Staates hinwegsetzt, wie die Prinzipien der Rechtsgleichheit (Artikel 2), der Zugänglichkeit der öffentlichen Ämter (Artikel 3), der Freizügigkeit der Person und des Vermögens (Artikel 4), der Unverletzlichkeit des Eigentums (Artikel 5), der Gewerbefreiheit (Artikel 6), der persönlichen Freiheit (Artikel 8), des Hausrechtes (Artikel 9) usw. des zitierten Gesetzes tagtäglich in leichtfertigster Weise beiseite geschoben und nicht beachtet werden. Auch die Pressefreiheit scheint, sofern es sich nicht um blutrünstige Hakenkreuzlerplakate handelt, auf sehr schwachen Füßen zu ruhen.

Was der noch immer existierende bürokratische Tropenkoller auf der einen Seite an Freiheitsberaubung leistet, besorgt in der Rechtsverhüllung die hemmungslose Parteienwillkür. Und so hat man dem österreichischen Volke eine Wahlordnung aufoktroyiert, die wohl auf der ganzen Welt ihresgleichen suchen dürfte. Die neue Wahlordnung, welche die Vornahme der Wahl der Vertreter für die wichtigste politische Körperschaft, für den Nationalrat, regelt, woselbst doch das österreichische Volk in all seinen Zusammenfassungen und Anschauungen zu Worte kommen sollte, ist von zwei großen Parteien lediglich für ihre ureigensten persönlichen Herrschaftszwecke ausgearbeitet worden. Eine dritte Partei konnte für sich durch die Neuordnung des Restimmungsverfahrens auch noch ein Schälchen ins Trockene bringen, über alle anderen Minoritäten ist aber in dieser neuen Wahlordnung ebenso gewalttätig ein Strich gemacht worden wie etwa in den Nachfolgestaaten des alten Oesterreich über die nationalen Minderheiten. Aus derartigen Ungerechtigkeiten und Gewalttätigkeiten kann aber kein dauernder Friede erblühen, und so kann auch diese neue Wahlordnung für unseren jungen, schwachen Staat keine dauernde Ruhe, keine dauernde Genesung bringen. Minoritätsvertretungen sind in jeder öffentlichen Körperschaft unbedingt notwendig. Mögen diese Minoritätsvertretungen noch so klein sein, sie sind es doch, welche das schrankenlose Sichausleben der Parteimachtgefühle verhindern, welche durch ihre Kontrolle und durch ihre von Parteidiktatur und Parteidiktatur freien Ge-

banken auf die gesunde Entwicklung des Gemeinwesens einen günstigen Einfluß zu nehmen in der Lage sind. Man hat überdies die Zahl der zu Wählenden ganz außerordentlich verringert, man hat in einer jungen Demokratie, in welcher der Bürger zum politischen Denken und Leben erst erzogen werden muß, die Bedeutungslosigkeit der Stimme des einzelnen, die absolute Unmaßgeblichkeit der politischen Überzeugung des Individuums noch besonders betont und hervorgehoben. Aus diesen Erwägungen heraus hat sich manmehr für die kommenden Wahlen auch die politische Einstellung der Minoritäten ergeben.

Auch die Juden in Wien bilden eine Minoritätsgruppe. Ihre Anzahl dürfte ungefähr 200.000 Personen betragen, also zirka 10 Prozent der Gesamtbevölkerung. An Stimmberechtigten dürften zirka 110.000 Wähler vorhanden sein. Die Wiener Jüdische Gemeinschaft zerfiel bisher in zwei politisch scharf getrennte Teile: in den kleineren jüdischnationalen Flügel und in die weitaus größere nichtnationale Gruppe, welche sich politisch, soweit sie nicht in der Sozialdemokratie organisiert ist, zum überwiegenden Teile der bürgerlichen Demokratie anschloß. Seit dem unglücklichen Ausgang des Krieges, seit dem Zusammenbruch ist in Oesterreich und Wien die aktive antisemitische Bewegung in starkem Wachstum begriffen, sie wird teilmäßig von einflussreichen und materiell starken Kreisen innerhalb Oesterreichs nachdrücklich gefördert, teils ist es auch ausländischer Einfluß, welcher den aktiven Judenhaß schürt und unterstützt, weil nach tausendjähriger Erfahrung die Ablenkung der Volkswut über große Enttäuschungen in die Judengasse ein altbewährtes, probates Mittel zum Schutze der wahren Urheber des die Volkswut verursachenden Unheiles ist und weil nur der Judenhaß als Vorwand die großen Massen des Volkes derart zu blenden vermag, daß sie als willige Opfer den Lockungen der Reaktion anheimfallen. Die Juden Oesterreichs und insbesondere Wiens befinden sich nun wieder einmal in der Lage, daß der gegen sie künstlich und systematisch geschürte Haß als Ablenkungsmittel für die Wut des schwer getränkten Volkes einerseits und als Vorwand für dunkle, reaktionäre Zwecke andererseits dienen soll.

Die in der nunmehrigen Wahlgemeinschaft vertretenen Juden Wiens mußten über ihre politische Orientierung schlüssig werden, und sie haben gefunden, daß es der richtigste Weg für sie diesmal wäre, keine Partei insbesondere auch keine sich freiheitlich nennende Partei, durch die Parteimitgliedschaft zu belasten und in ihren politischen Aktionen hindern zu hemmen. Die Jüdische Wahlgemeinschaft ist eine durch und durch freiheitliche und demokratische Partei. Der demokratische Gedanke fand schon bei Errichtung der Wahlgemeinschaft klarsten Ausdruck darin, daß Vertreter der verschiedensten politischen Richtungen sich in dieser Wahlgemeinschaft zusammensanden und daß jedem einzelnen Wahlwerber die volle politische Ueberzeugungsfreiheit während der Wahlen und nachher gewährleistet wurde. Die in die Jüdische Wahlgemeinschaft eingetretenen Demokraten bleiben daher nach wie vor Demokraten, da sie aber Juden sind, wollten sie gerne vermeiden, daß andere, Nichtjuden, ihre Namen als Judenkenner und Judenstutruppen bezeichnet werden. Sie haben den bescheidenen Wunsch, um dessentwillen die Jüdische Wahlgemeinschaft jetzt von allen Seiten so heftig angegriffen wird, als Juden ihre Ehre selber zu verteidigen und diese Verteidigung nicht anderen Leuten zu überlassen. Die Angehörigen der Jüdischen Wahlgemeinschaft fühlen sich als eine durchaus österreichische Partei, welche, so wie im Kriege, auch in der Nachkriegszeit bereit ist, jedes Opfer für die geliebte Heimat zu bringen, welche auch an der Wiederaufbau- und Sanierungsarbeit wertvollen Anteil nimmt und welche keine Herrschaftsgelüste und keine sonstigen geheimen Absichten verfolgt, sondern die lediglich eines für sich erstrebt, was ihr bereits seit 56 Jahren gesetzlich gewährleistet ist — gleiches Recht mit den anderen Bürgern dieses Staates. Die Jüdische Wahlgemeinschaft ist eine Vereinigung freiheitlich und demokratisch denkender Menschen. Mögen jetzt die anderen Parteien, von dem Ballast der Judenfrage befreit, gegenüber der heutigen Welt der Vorurteile und Geschäftigkeiten dazunehmen, daß sie auch ohne Juden in ihrer Mitte nach wie vor bereit sind, die Grundätze der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit des demokratischen Manifestes von 1789 zu vertreten und zu verteidigen.

Finanzminister Dr. Kienböck über die Verringerung des Defizits und über die Verteilung der Steuerbelastung.

In einer Massenversammlung in Mariahilf polemisierte Bundesfinanzminister Dr. Kienböck gegen die sozialdemokratische Behauptung, daß das Defizit des Jahres 1919/20 unter Dr. Renner, prozentuell gesprochen, sehr günstig war und daß wir seitdem eigentlich gar keine besonderen Erfolge haben. Die Sozialdemokraten haben dabei übersehen, daß unter den Einnahmen auch die Anleihen figurieren, die Kredite, die wir für die Lebensmittelforschaffung vom Auslande bekommen haben. Wenn man die eingeflossenen Kredite zu den Einnahmen rechnet, dann ergibt sich im heurigen Jahre überhaupt kein Defizit, sondern ein ungeheurer Ueberschuß. Aber kein vernünftiger Mensch wird so rechnen. Die Sozialdemokraten haben weiter die Liquidationskosten übersehen. Diese Liquidationskosten gehen in die Milliarden. Wenn man die Rechnung richtig aufstellt und die Liquidationsausgaben unter Berücksichtigung der Liquidationseinnahmen einstellt, ferner die Anleihegelder aus den Einnahmen ausschaltet, welche Anleihe-

gelder im Jahre 1919/20 1688.7 Millionen und im Jahre 1920/21 44.718.2 Millionen ausgemacht haben, kommt man zu folgenden Ziffern: Im Jahre 1918/19 hat das Defizit, prozentuell gerechnet, 48.6 Prozent betragen, im Jahre 1919/20 44.3 Prozent. Im nächsten Jahre 1920/21, einer Zeit, die noch die sozialdemokratische Signatur an sich getragen hat, hat das Defizit 61.1 Prozent ausgemacht. Dem stellen wir nun den heutigen Stand gegenüber. Dabei rechne ich nur die ersten sechs Monate — die letzten drei Monate lasse ich unberücksichtigt, obwohl sie ein noch günstigeres Resultat geben — und da finden wir, daß das Defizit auf Grund der Geburtsziffer 20.3 Prozent ausgemacht hat. Wir haben also in einer ganz kurzen Zeit das Defizit, welches schon 61.1 Prozent ausgemacht hat, auf 20.3 Prozent heruntergebracht. Da kann man doch nicht sagen, daß die Opfer, die wir gebracht haben, vergeblich waren. Ganz im Gegenteil, wir haben ein weites Stück des Sanierungsweges zurückgelegt, in einem Ausmaße, wie es in der Finanzgeschichte einzig dasteht.

Die Opposition wirft uns vor, daß wir zusehr die Massen belasten und die Besitzenden verschonen. Ich habe hier eine vergleichende Zusammenstellung der Belastung der Bevölkerung mit gewissen direkten und indirekten Steuern vor dem Kriege und jetzt. Die Belastung bei Bier und Branntwein ist nahezu dieselbe wie vor dem Kriege, während die Belastung beim Zucker, in Goldkronen gerechnet, nur ein Drittel der Belastung der Vorkriegszeit ausmacht. Hingegen ist die Einkommensteuer weit über die Friedensziffer hinausgegangen. Bei einem Einkommen von 10.000 Goldkronen hat die Besteuerung im Jahre 1914 2.99 Prozent betragen, die jetzige Besteuerung beträgt 5.12 Prozent. Bei einem Einkommen von 20.000 Goldkronen hat die Belastung vor dem Kriege 3.7 Prozent betragen, jetzt nahezu 9 Prozent; bei einem Einkommen von 50.000 Goldkronen vor dem Kriege hat die Besteuerung 4.84 Prozent betragen, die jetzige Belastung 18.96 Prozent, also nahezu 19 Prozent, somit um 14 Prozent höher als in Frieden. Und da wird von den Sozialdemokraten gesagt, daß wir die Sanierung auf Kosten der Konsumenten machen und die Besitzenden kreis verschonen. Das ist ganz unrichtig. Die Ziffern beweisen, daß die Mehrbelastung gerade der Besitzenden eine ungleich höhere ist, als die Mehrbelastung, die wir dem Konsumenten auferlegen. Diese Mehrbelastung der Besitzenden entspricht den Bedürfnissen der Zeit; sie muß getragen werden.

Versammlungen der bürgerlich-demokratischen Arbeitspartei.

Samstag den 13. Oktober:

7 Uhr abends im Restaurant Josef Anst. 12. Bezirk, Meidlinger Hauptstraße 21, Wählerversammlung. Redner: Dr. Janetschek, Salomon Fleischer, Max Rucker und Gustav Brandl.

Die für morgen um 7 Uhr in das Restaurant Hauswirth, 2. Bezirk, Praterstraße 62, einberufene Versammlung muß wegen Verhinderung der Referenten abgefragt werden.

Sulau.

Wien, 12. Oktober. Besichtigung landwirtschaftlicher Betriebe in Niederösterreich durch den Generalkommissär Dr. Zimmermann. Vor einigen Tagen besichtigte Generalkommissär Doktor Zimmerman in Begleitung des Ministers für Landwirtschafts- und Forstwirtschaft Buchinger, des Präsidenten der Landwirtschaftskammer Zwetscher und des Staatssekretärs a. D. Stöckler einige landwirtschaftliche Betriebe in Niederösterreich sowie die landwirtschaftliche Schule in Tulln. Zunächst wurde der Wirtschaftsbetrieb des Ministers Buchinger in Staatsdorf, ein bäuerlicher Mittelbetrieb, besichtigt. Sodann nahm der Generalkommissär das Lagerhaus in Tulln in Augenschein, wo Vizepräsident Abgeordneter Reither den Führer machte. Hierauf erfolgte die Besichtigung der landwirtschaftlichen Schule in Tulln, in der Direktor Schwarz die nötigen Erläuterungen gab, sowie der Haushaltungsschule in Tulln. Die Herren besichtigten dann die Saatwirtschaft der „Manta“ in Wolfpösching und den Betrieb des Herrn Sutter jun. in Hohenwarth, wo sie Abgeordneter Dimald empfing und den Führer machte. Nachmittags ging die Fahrt durch das Kamptal nach Moll bei Horn, wo der große Pachtbetrieb des Herrn Josef Strommer besichtigt wurde. Schließlich bildeten die Wirtschaftsbetriebe der Brüder Mantler in Meißeldorf, namentlich deren Schweinezüchterei den Gegenstand der Besichtigung. Der Generalkommissär interessierte sich lebhaft für alle landwirtschaftlichen Fragen und informierte sich über die Fortschritte im Feldbau der Weinwirtschaft und der Viehzucht. Er äußerte sich über die gewonnenen Eindrücke in äußerst lobender Weise und betonte, daß er gewiß alles, was ihm möglich sei, tun werde, um die landwirtschaftliche Produktion zu fördern.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Preisausgeschrieben.

Die Betriebsdirektion Wien der Südbahn-Gesellschaft veranstaltet ein Preisausgeschrieben zur Erlangung von Entwurfsplänen für das Aufnahmsgebäude des neuen Bahnhofes in Innsbruck. Der Wettbewerb ist offen für in Oesterreich ansässige Architekten, die mindestens seit 1. Januar 1923 österreichische Staatsbürger sind.

Einreichungsfrist 30. Januar 1924. Die Unterlagen zu diesem Preisausgeschrieben sind durch die Betriebsdirektion Wien, Abteilung VIII, Erpeit, Wien, 4. Bezirk, Mommengasse Nr. 30, sowie durch das Betriebsinspektorat Innsbruck der Südbahn in Innsbruck, Bahnhofplatz, gegen Einzahlung von 10.000 Kr. zu beziehen.

Allfällige Auskünfte können bei der vorgenannten Betriebsdirektion in Wien, Hochbauamt, schriftlich oder mündlich (an Wochentagen von 9 bis 12 Uhr vormittags) eingeholt werden.

Zur gefl. Kenntnis!

Nach langjähriger Tätigkeit als erster Zuschnittler bei der Firma C. H. Berger, „Zur engl. Plotte“, Wien, Kärntnerstr. habe ich mich unter der Firma „Engl. Massschneiderei“, Wien VI, Bez. Gumpendorferstrasse 5 (neben der ehem. Krieggsschule), etabliert.

Meine Leistungen sind bekannt! Ich verfüge über ein reichhaltiges Lager bester engl. Stoffe, werde mässige Preise rechnen und bitte um geschätzten Besuch.

Martin Wallner, Firma Wallner & Co.

In einer kleinen Mulde erblickt man ein paar Zelte. Auf den ersten Blick sieht es aus, als ob sich hier ein Wanderzirkus niedergelassen hätte. Hier ist man am Ziel; in diesen improvisierten Hangars sollen die Apparate montiert und untergebracht werden. Vorläufig erweisen sich die meisten Zelte noch als leer, doch sind die Apparate schon unterwegs und man erwartet, daß sie schon am ersten Tage werden starten können. Zwei Flugzeuge aber sind bereits zur Stelle, und ihnen gilt ein Interesse, das durch vielfache Berichte von erstaunlichen Erfolgen genährt wurde.

Es erweist sich, daß ein Flugzeug, ob es nun von Motoren getrieben wird oder nicht, seinen Typ nicht wesentlich ändert. Man findet die alte, vertraute Form, die Taube, lustig und leicht konstruiert, aus dünnem Gestänge, mit Leinwand überzogen. Das Ganze sieht so gewichtlos aus, daß die Vorstellung, eine halbwegs tüchtige Brise könne dieses Riesenspielzeug auf die Schultern nehmen und tragen, ohne daß irgendwelche Nachhilfe erforderlich wäre, kaum mehr etwas Verblüffendes hat. Auch die Handhabung der Höhen- und Seitensteuer unterscheidet sich in nichts von der Methode, die bisher an Aeroplanen erprobt wurde. Es ist, wie gesagt, auf den ersten Blick etwas durchaus Vertrautes, und erst wenn man mit den Piloten gesprochen hat, wird man sich bewußt, um welche eine wegweisende Sache hier der Kampf geht.

Diese Piloten haben die kühnen, scharfen, braunen, helläugigen Gesichter, die alle Menschen beizien, deren Leben dem Sport verschrieben wurde. Denn um mehr oder minder sportmäßige Versuche handelt es sich hier wirklich. Daß dem Segelflugzeug einmal als Beförderungsmittel die Bedeutung zukommen könnte, die sich heute das motorisch betriebene Flugzeug schon erworben hat, ist kaum anzunehmen. Andererseits ist das Motorflugzeug in seiner heutigen Form immer noch zu kompliziert, zu schwerfällig und vor allem zu kostspielig, als daß ihm eine allgemeine Verwertbarkeit vorausgesetzt werden könnte. So ist man denn auf der Suche nach dem neuen Typ, und diesen will man finden, indem man das andere Extrem erprobt: das segelfähige Flugzeug. Das Ergebnis muß, wie angenommen werden kann, einmal im Kompromiß liegen, und es wird gelingen, Aeroplane zu bauen, denen man die Erfahrungen, die man durch den Segelflug gewonnen, so sehr nutzbar machen kann, daß sie nur kleineren und leichteren Motoren von fünf oder sechs Pferdekraften bedürfen.

Das ist freilich vorläufig noch ein Ziel, das in ziemlich weiter Ferne liegt. Fürs erste also handelt es sich darum, den Segelflug selbst ganz zu erlernen, mit ihm vertraut zu werden, das Gefühl zu finden, das es dem Menschen auf die einfachste Art ermöglicht, den Vogelflug nachzuahmen. Daß man auf diesem Wege immerhin schon ziemlich weit fortgeschritten ist, weiß man, und indem man sich einige Namen in die Erinnerung ruft, werden schöne Tage des Gelingens beschworen: Martens, Botisch und Stamer weisen in Wien, ihre Apparate sind unterwegs. Erfolgverwöhnt kommen sie aus der Rhön, aus diesem idealen Terrain aller Segelflieger, wo man Ergebnisse erreichte, wie man sie fürs erste kaum erwartet hatte. Diese Männer bringen mit ihrem Ruhm, mit ihrer Popularität auch schon etwas wie eine Tradition mit. Ueber diese kostbare, reiche, auch aus Mißerfolge gezeichnete Erfahrung verfügen die österreichischen Piloten noch nicht in gleichem Maße. Sie sind von einem Wagemut, den sie zum Teil im Kriege als Kampflieger erweisen konnten; sie sind ehrgeizig; und sie hoffen, daß sie sich bewähren und in Ehren bestehen werden. Aber sie leiden darunter, daß man in Oesterreich bisher vom Segelflug kaum Notiz nahm; daß niemand sich fand, der die Mittel zur Verfügung stellte, ohne die man den Wettbewerb nun einmal nicht aufnehmen kann. Und gerade hier erweist es sich, wie nützlich, wie wertvoll die ausgeschriebene Konkurrenz auf dem Waschberg ist: sie stellt, vorausgesetzt, daß sie glücklich und erfolgreich verläuft, die beste Propaganda dar, die nur irgend denkbar ist, die Propaganda der Tat.

Es ist somit nicht verwunderlich, daß gerade die beiden technischen Hochschulen, deren Wirken sich, wenn es des Ehrgeizes entbehrt, leerlaufen müßte, mit eigenen Apparaten vertreten sind, wie denn überhaupt die Remuneration aus Oesterreich in großer Zahl erfolglos: der Aeroklub ist mit zwei Tauben zur Stelle, von denen die eine pietätvoll den Namen Kersch trägt, der Wiener Automobilklub steht gleichfalls in der Front, und auch Privatleute greifen in die Konkurrenz ein.

Und die Menschen, die zu den Segelflügen hinauswagern wollen? Werden sie nicht ein wenig enttäuscht sein? Sie alle haben sich schon mit der Vorstellung vertraut gemacht, daß man in wenigen Stunden weite Entfernungen zu überfliegen vermag, und nun ist es möglich, daß sie Flüge zu sehen bekommen, die nur über wenige hundert Meter reichen und lediglich ein paar Sekunden oder Minuten dauern. Es ist notwendig, ihnen zu sagen, daß sie einer Sache gegenüberstehen, die nur einen Uebergang bedeuten kann und bedenken will. Zudem: daß der kleine und bescheidene Waschberg, von dem bisher niemand etwas wußte und der nun unerwartet zu Ehren und Ansehen gelangt, kein Terrain ist, das sich nur entfernt mit der Rhön messen könnte. Man wird alle Mühseligkeit zu Hause lassen und sich erinnern müssen, daß hier wirklich der ikarische Flug versucht wird, daß die Menschen sich bemühen, ein Problem, das sie auf eine ziemlich komplizierte Art schon gelöst haben, nun zur Einfachheit, zum Ursprung zurückzuführen. Und dann wird man verstehen können, warum diese Konstrukteure und Piloten so viel Scharfsinn und so viel Energie aufwenden, um als Ergebnis einen kurzen und niedrigen Flug von einer Klappe in ein Tal zu erzielen.

Erwin G. Rainalter.

„Wie alle Menschen fliegen werden.“

Sehr zeitgerecht zur Segelflugwoche, veröffentlicht der bekannte Wiener aviatische Theoretiker Dr. Raimund Rißner, der insbesondere auf dem Gebiete des Segelfluges international bekannt ist, eine die ganze Materie umfassende Broschüre, in der das schwierige Thema, mit zahlreichen Illustrationen versehen, auch für das breite Lesepublikum behandelt wird. Die Arbeit Rißners erscheint im Rahmen der „Tagblatt-Bibliothek“.

Ermäßigte Karten für geistige Arbeiter.

In der Kunststube des Zentralrates der geistigen Arbeiter Oesterreichs, 1. Bezirk, Bäckerstraße 13, 2. Stock, werden an Mitglieder und ihre Angehörigen gegen Vorweis der Ermäßigungskarte für das Jahr 1923 Tageskarten für die Segelflugwoche bei Stadler zum ermäßigten Preise von 10.000 K. auszugeben. Weiter können ermäßigte Karten für die am 16. d. im großen Konzerthaus stattfindende öffentliche Generalprobe des ersten Pörtl-Abonnementkonzertes bezogen werden.

Deutschlands Not und die österreichischen Schriftsteller.

In dem schönen Aufruf des Bundesministers Dr. Hans Schürff für die Schriftsteller und Künstler des Deutschen Reiches scheint mir ein sehr wesentlicher Umstand nicht berücksichtigt: daß nämlich der größere Teil der österreichischen Künstler unter der Katastrophe des Marksturzes genau so zu leiden hat, wie ihre deutschen Kollegen. In ökonomischer Beziehung bilden die Schriftsteller Deutschlands und Deutschösterreichs eine untrennbare Einheit; die Mehrzahl der österreichischen Autoren lassen ihre Werke in deutschen Verlagsanstalten erscheinen, sind auf den Absatz im Deutschen Reich angewiesen, werden an den Bühnen Deutschlands gespielt, wie andererseits österreichische Verlagsanstalten, der österreichische Büchermarkt, die österreichischen Theater den Schriftstellern des Deutschen Reiches in nicht geringerem Ausmaß zur Verfügung stehen als den Schriftstellern Oesterreichs. (Weniger betroffen sind vielleicht nur die hierzulande in festen Stellungen befindlichen Schriftsteller; um so mehr wieder die Korrespondenten und Mitarbeiter reichsdeutscher Zeitungen.) So erchiene es mir nur als ein Gebot der Gerechtigkeit, daß im Laufe der bevorstehenden Hilfsaktionen der in Oesterreich wohnhaften, in deutscher Sprache schreibenden Autoren in gleich hilfsbereiter und gleich hilfsfähiger Weise gedacht werde wie ihrer in Deutschland lebenden vom gleichen Schicksal betroffenen Kollegen.

A. S.

Die Not der Universitätsinstitute.

Ein eingestelltes Kolleg.

Professor Dr. Oswald Menghin teilt durch die „Korrespondenz Wilhelm“ mit, daß er am Prähistorischen Institute der Universität das angekündigte Kolleg „Urgeschichte der Kunst“ nicht abhalten kann, da es ihm die geringfügige Dotation der Institute unumgänglich machte, die notwendigen Lehrbehelfe zu beschaffen. Die beim Unterrichtsministerium rechtzeitig erhobenen Vorstellungen blieben erfolglos. Professor Dr. Menghin wird statt dessen „Urgeschichte der Ostalpenländer“ lesen.

Mitteilungen aus Universitätskreisen.

Dies wird uns aus Universitätskreisen mitgeteilt: Die materielle Notlage ist das Hauptübel, an dem sämtliche Universitätsinstitute in der Nachkriegszeit leiden. Die Dotationen für diese Institute sind viel zu gering. Sie wurden zwar einmalig, aber in ganz unzulänglichem Maße und höchstens auf das Tausendfache des ursprünglichen Betrages erhöht, was zu dem Valorisierungsschlüssel auf den anderen Gebieten des Wirtschaftslebens in einem krassen Mißverhältnis steht. Wenn die Institute in der Friedenszeit in der Lage waren, mit einer Dotation von 600 bis 2000 Kronen je nach ihrer Größe und ihrer Bedeutung, ein befriedigendes Auslangen zu finden, so reichen die 5 Millionen Kronen, die sie gegenwärtig statt der 20 bis 30 Millionen, die dem Valorisierungsschlüssel entsprechen, erhalten, auch nicht annähernd hin, um die außerordentlich gestiegenen Ausgaben für die Lehrbehelfe (Bücher, Instrumente usw.) beizutreiben zu können. Infolgedessen blieb den Instituten nichts anderes übrig, als die Ausgaben auf das äußerste einzuschränken und es konnte gar nicht daran gedacht werden, die so notwendig gewordene Vermehrung der Arbeitsplätze vorzunehmen.

Das ist auch der Grund, warum die Ausländer so schwer Aufnahme in den Instituten finden können, da jeder Student, auch wenn er die vorgeschriebene Lage bezahlt, durch die Beistellung der Lehrbehelfe dem Institute große Kosten verursacht. Besonders empfindlich leiden die Institute an der philosophischen Fakultät, da zum Beispiel die medizinischen Institute durch die Beteiligung an der amerikanischen Spende immerhin eine, wenn auch natürlich ganz unzulängliche, Verbesserung ihrer Einnahmen erzielt haben.

Die Demonstration, zu der sich Professor Dr. Menghin infolge der fruchtlosen Vorstellungen bei dem Unterrichtsamt genötigt sieht, ist übrigens kein Novum. Professor Hochstetter hat schon im vorigen Jahre aus den gleichen Gründen mit der Sperrung des Anatomischen Instituts gedroht und Professor Wegscheid er sah sich, wie noch erinnerlich ist, vor den Sommerferien genötigt, einen Teil der Arbeitsfälle in dem ersten Chemischen Institut vorübergehend zu sperren, da es ihm an den nötigen Hilfskräften fehlte. Wie verlautet, ist für diese krassen Unzulänglichkeiten nicht so sehr das Unterrichtsamt, dem es an dem guten Willen nicht gebricht, verantwortlich zu machen, da die Erfüllung der Forderungen der Institutsleiter hauptsächlich an der ablehnenden Haltung des Finanzministeriums scheitert.

Das Prähistorische Institut ist eines der jüngsten an der Universität. Es wurde von Professor Moriz Hoernes vor ungefähr 20 Jahren ins Leben gerufen. Nach seinem Tode im Sommer 1917 übernahm sein Schüler Professor Menghin, ein gebürtiger Tiroler, die Leitung des Instituts.

Ausgestaltungsabsichten im Post-, Telegraphen- und Telephonwesen.

Aus einer Rede des Verkehrsministers.

Bundesminister Dr. Schürff sprach gestern in Wählerversammlungen in Berchtdorsdorf, Rodaun und Maria Enzersdorf und machte hierbei Mitteilungen über die für die nächste Zeit im Post-, Telegraphen- und Telephon-

Die Einzelheiten des Erweiterungsprogramms.

Der Minister führte unter anderem aus: Die Verwirklichung ist bestrahlt, die nötigen Geldmittel zu beschaffen, um im Jahre 1924 wesentliche Verbesserungen im Post-, Telegraphen- und Fernsprechnetze durchzuführen.

Im Postdienste sollen Verbesserungen in den Postverbindungen der Kempter und in der Zustellung auf dem Laabepflanmäßig durchgeführt werden. Auch sollen unter Berücksichtigung des tatsächlichen Verkehrsbedarfes teilweise Erweiterungen der Amtsstunden eintreten.

Im Telephondienste sollen im Jahre 1924 die automatischen Zentren in Wien so weit ausgebaut werden, daß die Umschaltung aller heute noch manuell betriebenen Teilnehmerstellen möglich wird. Insbesondere werden die neuen Autozentren in den Gebäuden Dreihausengasse, Berggasse und Kasumofengasse in Betrieb gesetzt werden. Gleichzeitig wird eine Erweiterung des Wiener Fernsprechnetzes in einem Umfange vorgenommen, um ungefähr 5000 neue Teilnehmerstationen einschalten zu können. Desgleichen werden Vorkehrungen getroffen, um in den folgenden Jahren Neuanträge in einer dem Bedarf entsprechenden Weise herstellen zu können. Die Erweiterung der Wiener Ueberlandzentrale wird in Angriff genommen werden.

Die im Bau befindliche automatische Zentrale Linz wird fertiggestellt und in Betrieb gesetzt werden. Im Zusammenhang mit diesen Arbeiten wird das Stabnetz Linz eine sehr bedeutende Erweiterung erfahren, wodurch wieder Neuanträge eingeleitet werden können. Die Arbeiten für die Zentraleinrichtungen für Klagenfurt, St. Pölten, Villach und Steyr gehen ebenfalls ihrer Verwirklichung entgegen und kann im nächsten Jahre auch mit der Inbetriebsetzung dieser Anlagen gerechnet werden. Die Fernsprechnetze in Linz, Graz und Klagenfurt werden eine bedeutende Ausgestaltung erfahren.

In Baden wird die kürzlich begonnene Inbetriebsetzung der neuen Zentrale derart durchgeführt, daß auch dort im Jahre 1924 Neuanträge erfolgen können. Die Erneuerung der Zentraleinrichtungen in Innsbruck wird in Angriff genommen werden können. Ebenso ist die Erneuerung der Zentren in Salzburg, Wiener-Neustadt, Mödling und anderer kleinerer Netze beabsichtigt, wobei allerdings eine befriedigende Lösung der Raumfrage vorausgesetzt werden muß, was in den meisten Fällen (insbesondere in Wiener-Neustadt) die Mitwirkung der Gemeindeverwaltungen voraussetzt.

An Ueberlandfernprechnetzen wird je eine neue Leitung gebaut: Zur Verbesserung des Verkehrs nach Tirol von Wien nach Salzburg; von Wien bis zur italienischen Grenze bei Tarvis für eine Leitung nach Triest; von Wien bis Lundenburg für eine Leitung nach Warschau; von Summerau in Oberösterreich bis zur italienischen Grenze für eine Leitung von Prag nach Triest.

Weiter wird in allen Bundesländern zur Verbesserung des Verkehrs innerhalb der einzelnen Länder eine bedeutende Anzahl von Ueberlandfernprechnetzen errichtet. Rekonstruktions- und Erweiterungsarbeiten werden in zahlreichen Netzen, von denen insbesondere Salzburg, Leoben, Steyr, Bad Gastein und Kuffstein erwähnt werden, zur Verbesserung des Ortsverkehrs vorgenommen.

Schließlich wird in allen kleineren Fernprechnetzen eine den Bedürfnissen entsprechende Anzahl von Telephonanschlüssen hergestellt werden.

Der Oktoberindex.

Da der 14. Oktober auf einen Sonntag fällt, wird die Paritätische Kommission, die am 14. jedes Monats zur Festsetzung des Index zusammentritt, ihre diesmonatige Sitzung am Montag den 15. d. abhalten.

Infolge der Preissteigerung einiger wichtiger Artikel: Brot, Kohle, Fett, Zucker, dürfte die Errechnung einen positiven Index ergeben, dessen Ausmaß auf 2 bis 4 Prozent geschätzt wird.

Geldsendungen nach Deutschland.

Wien, 12. Oktober.

Vom 22. Oktober 1923 an wird der Höchstbetrag für Postanweisungen nach Deutschland, dem Saargebiet und der freien Stadt Danzig auf 10 Milliarden Mark erhöht.

Beendigung der Lohnverhandlungen in den Wiener Theatern.

Heute mittag fand im Deutschen Volkstheater eine Sitzung zwischen den Vertretern des Direktorenverbandes und der Arbeitsgemeinschaft der Bühnengestellten statt, in der die letzten Differenzen, die sich noch aus der Lohnbewegung ergaben, beseitigt wurden.

Es wurde ein Uebereinkommen beschloffen, demzufolge rückwirkend vom 1. September eine etappenweise Erhöhung der Bezüge um 5 Prozent, beziehungsweise 7 und 10 Prozent, eintritt. Schauspieler und Musiker erhalten eine weitere Erhöhung ihrer Bezüge um 4,6 Prozent, die jedoch erst bei positivem Index in Wirksamkeit tritt. Ueber die Kollektivverträge wurde nicht gesprochen, doch wurden vom Bühnenverein, vom Musikerverband und von der Union der technischen Angestellten Betriebsversicherungen bis zum 15. Januar 1924, vom Direktorenverband bis zum 30. Dezember zugestanden.

Die Affäre des Budapester Börsenspekulanten Josef Ernst.

Ein Opfer seiner Konterminepekulationen.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Budapest, 12. Oktober.

Gegen den verhafteten Bankier Josef Ernst wurden heute nachmittag dreißig Strafanzeigen erfaßt, die den Schaden von einer Milliarde geltend machen. Außerdem haben die Erben der Familie Gunt bei der Postgeheimanspruch von zweieinhalb Milliarden auf das beschlagnahmte Vermögen Ernsts geltend gemacht, da sie mit diesem Betrage am Geschäft Ernsts beteiligt war. Die Familie des Fabrikanten Klein hatte ihm Effekten im Werte von 600 Millionen gegen Vergütung von 1 Prozent wöchentlich zur Verfügung gestellt. Diese verwendete Ernst, um seinen Verpflichtungen aus seinen Verkäufen entsprechen zu können. Wie verlautet, sollen auch mehrere kleinere Gelbststitute unter den gleichen Bedingungen Effekten an Ernst geliehen haben. Ernst, der etwa 1000 Kommittenten hatte, übernahm von den meisten Kapitalgebern, ohne daß er irgendwelche Deckung gegeben hätte. Die meisten Schädigungen haben sich aus diesen Geschäften